

Der neue Verteidigungsminister spricht von Krieg

Afghanistan Zu Guttenberg schlägt neue Töne an, und die Opposition verlangt eine offene Debatte zum Kundus-Bericht. *Von Bärbel Krauß*

In der vergangenen Legislaturperiode ist Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) mit seiner Berufung zum Wirtschaftsminister zum Bürgerliebling und Medienstar aufgestiegen. Unmittelbar nach seinem Wechsel an die Spitze des Verteidigungsministeriums tritt der 37-Jährige an, diesen Ruf im neuen Amt zu verteidigen.

Gleich mit seinem ersten Zeitungsinterview, das der medienpolitisch Gewitzte der „Bild“-Zeitung gegeben hat, setzt zu Guttenberg ein Ausrufezeichen. „Ich verstehe jeden, der sagt, in Afghanistan ist Krieg“, heißt es in der Überschrift. Darüber hinaus spricht er von „kriegsähnlichen Zuständen“ und davon, dass das Völkerrecht dennoch eindeutig festlege, dass ein Krieg nur zwischen Staaten stattfinden könne.

Das ist gemessen an der Redeweise aller bisher mit dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr befassten Verteidigungsminister von Rudolf Scharping über Peter Struck (beide SPD) bis hin zu Franz Josef Jung (CDU) ein Traditionsbruch. Alle Amtsvorgänger haben die Mission am Hindukusch als Stabilisierungseinsatz bezeichnet und sich allenfalls verschämt zum „robusten“ Charakter des Mandats oder zu den Realitäten eines Kampfeinsatzes bekannt.

Dass die klaren Worte zu Guttenbergs bei den Soldaten gut ankommen, kann man der Reaktion des Bundeswehrverbands entnehmen. Dessen Vorsitzender Ulrich Kirsch hat die Äußerungen in mehreren Medien begrüßt. „Wir sind dem Minister sehr dankbar, dass er die Dinge beim Namen nennt.“ Dadurch werde der Ernst der Lage im Einsatz deutlich. „Unsere Frauen und Männer, die täglich dort im Kampf stehen, sagen, das ist Krieg“, sagte Kirsch.

Auch bei den Verteidigungspolitikern der schwarz-gelben Koalition rennt der

Verteidigungsminister mit seiner neuen Wortwahl offene Türen ein. „Das ist die richtige Formulierung, in der sich die Soldaten wiederfinden und die gegenüber der Öffentlichkeit nichts beschönigt“, erklärte Rainer Stinner (FDP). Ernst-Reinhard Beck (CDU) meint, dass zu Guttenberg „auspricht, was die Leute auf der Straße denken und was die Erfahrungen der Soldaten im Raum Kundus widerspiegelt“. Der Minister zeige mit seiner Wortwahl, dass er sich nicht auf die Seite der Juristen im Ministerium schlage, sondern das Ohr bei der Truppe habe. Auch für den Grünen-Politiker und Gegner des Afghanistaneinsatzes, Hans-Christian Ströbele, trägt die Formulierung der Realität Rechnung.

„Ich halte den Begriff für falsch“, betonte dagegen der SPD-Abgeordnete Rainer Arnold. „Wenn ein einzelner Soldat sagt, da ist Krieg, habe ich damit kein Problem. Aber wir Politiker müssen präzise bleiben und das wiedergeben, was Völkerrecht und Verfassung sagen.“ Gemessen daran sei Guttenbergs Sprechweise falsch.

Übereinstimmend fordern Politiker von SPD, Grünen und Linken von zu Guttenberg eine offene Debatte über den geheimen Nato-Bericht zum Bombardement von Kundus. Arnold sieht die Bundeswehr durch den Bericht belastet. „Ausgehend von der Fehleinschätzung, dass Gefahr in Verzug sei, sind weitere Fehler gemacht worden“, sagte Arnold. „Es ist eindeutig, dass Einsatzregeln verletzt wurden.“ Der Linken-Abgeordnete Paul Schäfer erklärte, der Bericht spreche unmissverständlich „von einer überspitzt dargestellten Bedrohungslage, von einer übereilten Eskalation und vom Versäumnis einer unmittelbar anschließenden Untersuchung“.